

## ABiD-Konferenz 29. und 30. März 2019

### „Teilhabe an Kultur, Sport und Tourismus. Leben ohne Barrieren“

Der Titel der Konferenz der Behindertenverbände aus den postsowjetischen Staaten und Deutschland am 29. und 30. März 2019 lautete „Teilhabe an Kultur, Sport und Tourismus. Leben ohne Barrieren“. Vertreter aus 12 postsowjetischen Ländern sowie aus den EU-Ländern Lettland und Deutschland folgten der Einladung nach Berlin. Die Zusammenkunft stand ganz unter dem Zeichen des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das 2006 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen (VN) angenommen worden war und seit dem 26. März 2009 innerstaatliches Recht in Deutschland ist. Eingeladen zu diesem Treffen hatte der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland e. V. (ABiD). Gefördert wurde die Zusammenkunft vom deutschen Auswärtigen Amt, unterstützt wurde sie von der Linken im Bundestag, der Rosa Luxemburg Stiftung, der Stiftung West-Östliche Begegnungen, der Paralympics Zeitung, dem Deutschen Behindertensportverband, den Special Olympics Deutschland, von „Tourismus für Alle Deutschland“ (NatKo) und dem Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften. Zwei Tage diskutierten die Gäste aus dem In- und Ausland, am ersten Konferenztag im Paul-Löbe-Haus des Bundestags und am Morgen des 2. Konferenztages im Hotel Mondial, das erste barrierefrei zertifizierte Hotel in Deutschland, am Kurfürstendamm, wo die ausländischen Teilnehmer der Konferenz untergebracht waren. Den ersten Tag schloß ein Konzert unter dem Motto „Inklusion rockt. Musik für alle“ in der Alten Feuerwache in Berlin-Friedrichshain ab. Und den drei Workshops am folgenden Morgen folgten Exkursionen: „Kultur ohne Barrieren“ zur Topographie des Terrors und zur Gedenkstätte T4, „Die Berliner Innenstadt barrierefrei entdecken“, ein Stadtpaziergang mit visitBerlin, und „Zu Gast beim Sportclub Lebenshilfe Berlin“. Vor allem aber trafen sich die Konfe-

renzteilnehmer aus den postso-wjetischen Staaten zur Kranzniederlegung an der Gedenkstätte T4 im Tiergarten, die den Euthanasie-Opfern der NS-Gewaltherrschaft 1939 bis 1945 gewidmet ist. Von diesem Ort aus organisierte die „Zentraldienststelle T4“ die systematische Ermordung von Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten im Deutschen Reich. Keinesfalls selbstverständlich, daß sich Vertreter von 12 postso-

wjetischen Staaten gemeinsam zum Gedenken einfinden. Nachdem man sich zuletzt im November 2018 in Taschkent zu Beratungen zusammengefunden hatte, war es nun also Berlin, das die Gäste freundlich begrüßte.



Der Beauftragte der Regierung für Angelegenheiten der Behinderten Jürgen Dusel und Gunta Anca, Generalsekretärin des Europäischen Behindertenforums, berichteten über den Stand der Dinge in Deutschland und der EU

der in Artikel 30 festgelegt ist, nachkommen. Dabei in allen Lebensbereichen: Wohnen, Arbeiten, Bildung, Gesundheit, Kultur und Politik, und nicht weil man zivilisiert denke oder ein humanistisches Menschenbild habe, sondern weil es um fundamentale Menschen- und Bürgerrechte geht, die unteilbar für alle gelten. Dusels Herangehen: Demokratie braucht Inklusion, allgemeine Inklusion, eine Teilhabe der Jungen und Alten, der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Beeinträchtigungen, kurzum – eine funktionierende Demokratie müsse inklusiv denken und handeln, mithin jeden einbeziehen, ausnahmslos. Zu beklagen sei, so Dusel, daß fast alle VN-Mitgliedsstaaten die Konvention unterzeichnet, größtenteils auch ratifiziert haben, aber Recht in Buchstaben zu setzen und Rechte umzusetzen, das seien zwei verschiedene Dinge. Glaub-

würdigkeit erreiche das in Recht gesetzte nur, wenn die Rechte gelebt werden können, man sich auf sie berufen, sie einfordern kann, darunter vor Gericht. Das sei nicht allein Aufgabe des Staates, sondern auch der Gesellschaft

In Deutschland trat die Behindertenrechtskonvention am 26. März 2009 in Kraft. Man hat einiges erreicht, aber beim ersten Staatenprüfverfahren 2015 wurden auch Deutschland weitere Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben. Man ist Schritte gegangen, aber lange nicht am Ziel. Der öffentliche Raum sei der Resolution entsprechend gut aufgestellt, Erziehung und Bildung habe man große Aufmerksamkeit geschenkt, der private Bereich und auch die Wirtschaft seien außen vor. Wichtig sei, daß Inklusion heute stärker im Bewußtsein der Gesellschaft angekommen sei, aber wie stark ist das Verständnis, daß Barrierefreiheit, die die Teilhabe erst ermöglicht, auch eine tiefe soziale Dimension hat? Barrierefreiheit darf nicht als etwas

staatliches Recht ist, dies aber nur den Beginn einer langen Phase der Umsetzung dieser Konvention markierte und vieles nur auf Druck der Behindertenbewegung durchgesetzt wurde. Nach wie vor gebe es zu viele Barrieren, Diskriminierungen und Ausgrenzungen auch in Deutschland, ungeachtet eines geltenden Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbots. So sind nur 27 Prozent der Olympiastützpunkte in Deutschland für Paralympische Sportler nutzbar. Dies wird eine Erfahrung aller Konferenzteilnehmer sein, denn das Verbot der Diskriminierung aus jedweden Gründen ist in allen postsowjetischen Verfassungen niedergelegt. Die Konferenz solle, wie alle anderen zuvor, dazu beitragen, daß sich nicht noch die Enkel und Ur-enkel mit der Frage der Teilhabe befassen müssen, so André Hahn.

Der Vorsitzende der Internationalen Vereinigung der Behinderten (IVB) und Vorsitzende des Behindertenverbandes der Ukraine Vasylyl Nazarenko faßte für die Teilnehmer der Konferenz noch einmal wichtige IVB-Aktivitäten und Neuigkeiten zusammen, betonte die gute Zusammenarbeit mit Deutschland, vor allem mit dem ABiD und dem Auswärtigen Amt, aber auch mit der Stiftung West-Östliche Begegnungen, bedankte sich bei den usbekischen Kollegen für die Konferenz in Taschkent und kündigte an, daß die nächste Konferenz in Aserbaidschan stattfinden werde. Und auch ließ er nicht außen vor, daß das gemeinsame Ziel aller Verbände und Assoziationen sein müsse, Partner der staatlichen und behördlichen Institutionen zu werden, da gerade von den Betroffenen selbst Expertise komme. Ein gutes Zeichen ist, daß die postsowjetischen Länder sich im IVB zur Verteidigung ihrer Rechte vereint haben, auch dank der Impulse Ilja Seiferts und André Nowaks vom ABiD. Und die Zusammenarbeit zeige auch, daß Europa nicht an den Grenzen der EU aufhöre, sondern weit auf den eurasischen Raum ausstrahle und Menschen Freunde blieben, auch wenn Staaten keine Freunde sind.

André Nowak, Vorstandsmitglied des ABiD und Organisator der Konferenz, führte ins Thema



Zusätzliches betrachtet werden, sie ist grundlegend, um das Recht auf Freizeit, Sport, Reisen umzusetzen.

André Hahn, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag und neben dem Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Auswärtigen Amt Dirk Wiese, Schirmherr der Konferenz, verwies darauf, daß die Behindertenrechtskonvention seit 10 Jahren inner-

der Konferenz ein: „Kultur, Sport und Tourismus in unserer Gesellschaft – Nur eine Nebensache?“. Deutschland sei besonders strukturiert, anders als in zentralistisch gegliederten Staaten gebe es kein föderales Kultur-, Sport- oder Tourismusministerium, diese Bereiche sind „Ländersache“, und in Zeiten knapper Kassen fallen sie oft „hinten runter“. Eine Schiefelage, denn Teilhabe in diesen Bereichen sei wichtig für ein erfülltes Leben. Die Zahlen sprechen für sich: Prozentual treiben Behinderte weniger Sport, gehen weniger in Theater und Museen und machen weniger Reisen. Die Frage „Wie viel Barrierefreiheit brauchen wir?“ beantwortet sich von selbst – 100 Prozent, denn Barrierefreiheit dient allen. Wie viel Barrierefreiheit können wir uns leisten? Eine Frage, die durch politischen Druck positiv entschieden werden müsse.

In Deutschland gibt es in den Bereichen Kultur, Sport, Tourismus Erfolge – zwar ist der Berliner Fernsehturm (noch) nicht zugänglich für Rollstuhlfahrer (anders als etwa die Akropolis oder die Chinesische Mauer), dafür wurde das Berliner Olympiastadion nach einer Klage des ABiD barrierefrei ausgebaut. Insgesamt gilt, daß im Bereich Fußballstadien viel geschaffen wurde, für andere Sportarten aber nicht. In Bibliotheken, wo es Bücher in Braille Schrift oder Hörbücher gibt, wurde vieles erreicht. Die Gesetzgebung zielt auf den öffentlichen Raum, aber es geht auch um den privatwirtschaftlichen. Es gebe das Kennzeichnungssystem, aber es gehe nicht nur darum, daß der Reisende mit Behinderung weiß, was möglich ist, sondern daß das, was ihn behindert, allgemein abgebaut wird. Nowak fordert, daß Expertise, die die Politik anfragt und anfragen sollte, personell und finanziell unterfüttert sein muß, darunter bei den Betroffenenverbänden, denn Expertisen zu 300 Seiten starken Gesetzesvorhaben schrieben sich nicht von selbst. Kurzum: Es ist noch ein langer und mühseliger Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.

Gunta Anca (Lettland), Generalsekretärin des Europäischen Behindertenforums, berichtete zum Beitrag der EU zur Umset-

zung der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie konzentrierte sich auf unterschiedliche Formen der Zugänglichkeit, darunter physische, finanzielle und informationelle. Die EU konzentrierte sich einerseits auf physische Zugänglichkeit – Treppen, Aufzüge, Rampen, Passagier- und Fahrgastrechte –, und sei damit im allgemeinen erfolgreich. Bei der informationellen Zugänglichkeit agiere die EU vor allem über Gesetzesvorgaben, so etwa daß alle Internetauftritte von staatlichen, behördlichen oder Selbstverwaltungsgremien zugänglich für Blinde sein müssen oder daß es Gebärdendolmetscher im Fernsehen gibt. Aber es gebe auch das weite Feld der finanziellen Zuwendung. In vielem brauchen



Menschen mit Behinderungen einen Assistenten, der sie begleitet. Hier müssen Lösungen gefunden werden, damit die Betroffenen dies nicht aus eigener Tasche finanzieren müssen. Diese Diskussion müsse auch im Verbund mit der Internationalen Vereinigung der Behinderten weiter intensiviert und vorangetrieben werden.

Der Stellvertretende Vorsitzende des Allrussischen Behindertenverbandes (VOI) und Präsident des Russischen Behindertensportverbandes Filur Nurlygajajnow sprach zur Umsetzung von Artikel 30 der Behindertenkonvention in Rußland. Auf die Ratifizierung folgte die Anpassung der Gesetze. Aber auch für Rußland gelte, daß der Staatenprüfungsbericht zahlreiche Punkte bemängelte und Empfehlungen gab. Im Bereich des Sports hob er

vor allem die Bedeutung der Paralympics in Sotschi 2014 für Barrierefreiheit und Zugänglichkeit in Rußland hervor, das habe einen Durchbruch gebracht. Im Bereich der Kultur verwies er auf zahlreiche Fortschritte, darunter inklusive Kinder- und Jugendfestivals und die aktivere Sozialisierung der Kinder mit Beeinträchtigungen. Allerdings gelte für Rußland, das bislang nur 49 Prozent aller Kulturobjekte barrierefrei sind. Hier setzt er auf das Föderale Zielprogramm Kultur, Körperertüchtigung und Sport bis 2025, das in allen Abschnitten auf Menschen mit Beeinträchtigungen eingeht. Der VOI ist mit 1,5 Millionen Mitgliedern der zweitgrößte Behindertenverband in Rußland und durch Vertreter in den Behörden,

Die Konferenzteilnehmer fanden alle am Runden Tisch im Paul-Löbe-Haus des Bundestages Platz

in der Gesellschaftlichen Kammer und im interministeriell tätigen Kulturbeirat beim Präsidenten aktiv.

Im ersten Themenblock mit Impulsvorträgen aus unterschiedlichen Ländern, moderiert von Monika Tharann, Geschäftsführerin der Stiftung West-Östliche Begegnungen, und dem Vorsitzenden des Behindertenverbandes Aserbajdschans Davud Rahimli, konzentrierte man sich auf Kultur und Tourismus.

Hier gab es naturgemäß ein breites Kaleidoskop. Einen kurzen Überblick gab die Vorsitzende des Behindertenverbandes Karagandy Swetlana Ponomarowa für Kasachstan. Tourismus für Alle wird

wichtiger, und es gibt neue Dienstleistungsangeboten, da alle verstehen, daß Tourismus und kulturelle Teilhabe nicht nur lebensgestaltende Elemente sind, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor. Jedoch sei auch in Kasachstan Fakt, daß Behinderte „weniger lebensgestaltend unterwegs“ sind, sondern vor allem zu staatlich unterstützten Heil- und Erholungsurlauben in Sanatorien reisen. Es gebe gute Initiativen, wie etwa, daß Kultureinrichtungen von Behinderten unterschiedlicher Kategorien kostenlos besucht werden können, es gebe Erfolge, wie etwa, daß die alte Hauptstadt Almaty weit vorangegangen ist im Feld der Barrierefreiheit. Doch was nütze dies, wenn nicht einmal alle neu gebauten Kunst- und Kultureinrichtungen barrierefrei gebaut werden, nicht zu sprechen von den bereits existierenden wie den „Heiligen Stätten“ der Kasachen, die im inländischen Tourismus einen ähnlichen Stellenwert haben wie etwa die Akropolis oder die Chinesische Mauer im globalen Tourismus. Auch die Nationalparks – die reiche Naturdenkmälerwelt Kasachstans – sind für Menschen mit Beeinträchtigungen nicht zugänglich, man beginne erst, sie barrierefrei zu machen und die Infrastruktur inklusiv zu gestalten. Auch in Kasachstan gelte, Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention wurden in Recht gegossen, aber der Staat sei noch in der Pflicht, um verbrieftes Recht auch lebbar zu machen, dabei für Menschen mit allen Arten der Beeinträchtigungen.

Anja Krätzer vom Deutsch-Russischen Austausch stellte das Projekt INKultur zur Förderung des Zugangs zu Kulturangeboten in Rußland vor, das unter anderen gefördert wird vom Auswärtigen Amt. Partner in Rußland sind das nichtkommerzielle Sozialpädagogische Zentrum „Blagoe delo“ in Jekaterinburg, das nichtkommerzielle Zentrum „Kulturelle Praxis“ in Sankt Petersburg und der Elternverein für Kinder mit Autismus „Ja i ty“ in Pskow. Das Projekt zielt nicht nur auf physische Barrierefreiheit, sondern vor allem auch auf Sensibilisierung, Abbau ideeller Barrieren und Qualifizie-



rung des Personals. Präsenz- und Onlineseminare wenden sich an Mitarbeiter von Kultureinrichtungen aller Arten und Ebenen. Entwickelt wird gemeinsam ein Konzept zur Umsetzung inklusiver Strukturen in Museen, Theatern und Kinos, an dessen Ende die Vergabe von Inklusions-Labeln stehen soll, die unterschied-

„Tourismus für Sehbehinderte“, auf der Tagesordnung steht der barrierefreie Transport und vieles mehr. Sie betonte, daß der Besuch von Menschen mit Beeinträchtigungen aus dem Ausland bei der Durchsetzung von Zugänglichkeit helfe. Dies habe auch die November-Konferenz 2018 in Taschkent gezeigt, nach der der Dialog mit



liche Aspekte von Barrierefreiheit berücksichtigen. Aufgebaut wird eine barrierefreie Webseite, die zudem als Internetplattform zur Vernetzung und zum Informationsaustausch dienen soll. Dabei arbeiten die russischen Partner eng mit den Behörden zusammen, was natürlich wichtig für die Finanzierung bei Modernisierung und Umbau der Kultureinrichtungen ist.

Guljachon Machmadkulatowa, Stellvertretende Vorsitzende des Behindertenverbandes Usbekistans, warb zunächst einmal für ihr touristisch interessantes Land mit weit mehr 7 000 Geschichts-, Architektur- und Kulturdenkmälern, das allein 2018 von mehr als 4,4 Millionen ausländischen Besuchern bereist wurde. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß noch 90 Prozent der Architekturensembles für Behinderte nicht zugänglich sind, berichtete sie von einer Politik der kleinen Schritte ihres Verbandes. Unterzeichnet wurde ein Memorandum über die Zugänglichkeit im Tourismussektor mit den Behörden. Umgesetzt wird ein Programm zur Schulung der Mitarbeiter im Tourismusbereich, ausgebildet werden Gebärdendolmetscher, entwickelt wird eine Konzeption

Die Behindertenverbände aus dem postsowjetischen Raum eint ungeachtet unterschiedlicher Bedingungen das Ziel umfassender Teilhabe aller

den usbekischen Behörden intensiviert wurde.

Aus dem Film über die Arbeit von „HandiClapped – Kultur Barrierefrei“ konnten die Teilnehmenden vieles mitnehmen, was sie aber viel eindrucksvoller am Abend beim Konzert „Inklusion rockt. Musik für alle“ in der Alten Feuerwache selbst erleben konnten.

Moderiert von Julia Marmulla, Tourismusberaterin Barrierefreies Reisen, und Asadullo Zikrichudojew, Vorsitzender des Behindertenverbandes Tadschikistans, widmete man sich der Frage des barrierefreien Reisens.

Hier zog Olaf Schlieper, Innovationsmanager der Deutschen Zentrale für Tourismus, ein Fazit des bislang in Deutschland geleisteten. Wie ernst der Tourismussektor das Klientel Behinderte nimmt, zeige sich auch an der Einführung des Tages des barrierefreien Reisens auf der weltgrößten Reisemesse ITB. Aber natürlich, auch in Deutschland ist Barrierefreiheit nicht flächendeckend gewährleistet. Daß

Deutschland mit „barrierefreies Reiseland“ wirbt, ist Verpflichtung und Ansporn zugleich. Da Tourismus Ländersache ist, sei hervorzuheben, daß das „Reisen für Alle“-Label in allen 16 Bundesländern anerkannt ist und ein nationales Zertifizierungssystem für ganz Deutschland entwickelt wurde. Abrufbar ist die Datenbank unter [www.germany.travel/de/](http://www.germany.travel/de/).

Georgi Dsneladse, Vorsitzender der Vereinigung unabhängiges Leben in Georgien, knüpfte an seine usbekische Kollegin an. Auch Georgien habe in den letzten Jahren einen Aufschwung des Tourismus erfahren und der Tourismusbereich sei ein echtes Standbein der Wirtschaft, doch die Mängel stechen hervor. Viel Überzeugungsarbeit sei zu leisten im Feld der Zugänglichkeit von Kirchen, von Museen und von alten Architekturdenkmälern. Mit Verweis auf Gunta Anca verwies er darauf, daß die VN-Konvention

Sowjetzeiten war verankert, daß Behinderte der 1. Kategorie kostenlos mit Begleitperson reisen dürfen, kommt die EU nun bis Georgien, müssen auch wir den Fahrpreis für unseren Begleiter bezahlen.“

Aus Kirgisistan wurde über eine zwar positive Tourismusedwicklung berichtet, die vor allem den Berg- und Hochleistungstourismus betreffe, aber eine ernüchternde Bestandslage zu barrierefreiem Reisen gezogen. Ungeachtet aller Vergünstigungen für Menschen mit Beeinträchtigungen, sei Reisen selbst zu den Kurzentren im Winter aussichtslos und im Sommer mangels nicht behindertengerechter Transportmittel beschwerlich. Womit in gewisser Weise die Brücke zum Block barrierefreier Sport geschlagen wurde, vor dem der Vorsitzende des ABiD Marcus Graubner herzlich begrüßt wurde, der in seinem kurzen Grußwort betonte, daß mit der



überall umgesetzt werden und ein allgemeines Zertifizierungssystem weltweit Gültigkeit haben müsse, damit der Reisende mit Behinderung versteht, was möglich und was nicht möglich ist. Eine Toilette, die als barrierefrei ausgewiesen ist, aber dann doch nicht von einem Rollstuhlfahrer genutzt werden kann, macht Reisen ungewiß und bringt Menschen in entwürdigende Situationen. Passagier- und Fahrgastrechte, das Recht auf einen Assistenten – die Bedarfe Behinderter sind in fast allen Ländern gleich, die Bedingungen aber nicht. Und dann auch diese Bemerkung: „In

Konferenz ein Zeichen der Begegnung über Grenzen hinweg und für Verständigung, Inklusion, Frieden und Sport gesetzt werden solle.

Friedhelm Julius Beuchert, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes, machte mit dem Problem des Nachwuchses des vor 70 Jahren als Versehrten-Sportverbände gegründeten Behindertensportverbandes bekannt, da man die in Regelschulen gehenden Kinder mit Behinderungen nicht mehr erreiche. Er betonte die Zugkraft der Paralympics, die heute 100 Stunden live im Fernsehen übertragen

würde, und natürlich von Leuchttürmen der Paralympischen Bewegung, von denen zwei – nämlich Marianne Buggenhagen und Kirsten Bruhn – am zweiten Konferenztag im Workshop Sport teilnahmen. Man zählt 300 A-Kader- und B-Kader-Athleten, die heute von 38 Trainern betreut werden, 600 bis 700 Behinderte die Leistungssport betreiben. Dagegen stehen aber 47 Prozent der Behinderten, die überhaupt keinen Sport betreiben. Beuchert betonte die Bedeutung der „paralympischen Fraktion“ im Bundestag, denn die Herausforderungen, darunter mit Blick auf barrierefreie Sportstätten, müßten auch politisch angegangen werden. Der Austausch im Rahmen internationaler Konferenzen helfe dabei, denn die Frage von Inklusion und Teilhabe ist eine globale Frage.

Armen Alaverdjan zeichnete ein eher enttäuschendes Bild über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Armenien, die 2010 ratifiziert wurde, deren Fakultativprotokoll aber bislang nicht ratifiziert wurde. Mit Blick auf den Behindertensport sprach er über die beklagenswerte Finanzierung. Die vor 30 Jahren, kurz nach dem Erdbeben 1988 in Gjumri gegründete Armenische Assoziation des Behindertensports arbeitet vor allem mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und bietet unterschiedliche Kultur- und Sportprogramme. Die Frühbeschäftigung mit behinderten Kindern helfe diesen, vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Die Bedingungen für den Behindertensport seien jedoch schlecht. Man gehe kleine Schritte, darunter auch mit Blick auf die Teilnahme an den Paralympics, deren allgemeine Wichtigkeit in der armenischen Politik nicht verstanden werde. Initiiert wurde ein internationaler Alpiner Wettkampf für Behinderte, aufgebaut wurde ein Zentrum für Ski-Langlauf. Man organisiert jährlich den Rollstuhl-Marathon Jerewan-Etschmiadsin, hat eine erste und zweite Rollstuhl-Basketballmannschaft aufgebaut. Am Tag der Stadt findet in Jerewan ein Rollstuhllrennen statt, veranstaltet werden Winter- und Som-

merlager für Kinder mit Behinderungen.

Gerd Doepke, Leiter Kommunikation der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), berichtete über die Strategie der DGUV zur Umsetzung der UN-Be-



hindertensrechtskonvention im Bereich Arbeitsunfälle und Rehabilitation sowie über die Paralympics Zeitung und den German Paralympic Media Award, als beispielgebend zur Unterstützung des Behindertensports und des Sports in der Rehabilitation auch für andere Länder. Die Paralympics Zeitung wird unterstützt von der DGUV und in Millionenaufgaben zu den Paralympics herausgegeben. Jugendliche aus Deutschland und dem jeweiligen Gastland der Spiele berichten unterstützt von Redakteuren der Zeitung „Der Tagesspiegel“ über die Sportler und ihre Leistungen. Der Deutsche Behindertensportverband unterstützt das Projekt ideell, sieht es als Chance, die Bedeutung des Behindertensports zu popularisieren. Auch der Dokumentarfilm „Gold – Du kannst mehr als Du denkst“ über drei paralympische Sportler auf dem Weg zu den Paralympics nach London 2012 wurde von der DGUV mit initiiert. Über emotionale und beeindruckende Bilder auf die Bedeutung des Sports in der Rehabilitation und damit auf die erfolgreiche berufliche und soziale Wiedereingliederung nach einem Unfall zu verweisen, damit schärfe man das Bewußtsein in der Gesellschaft. 2019 wurde der German Paralympic Media Award bereits zum 19. Mal vergeben. Mit ihm zeichnet die DGUV herausra-

gende Berichterstattung über den Breiten-, Rehabilitations- und Leistungssport Behinderter aus, um auch zwischen den Olympiaden und Meisterschaften den Behindertensport nicht aus den Augen zu verlieren und stärker im

In den Arbeitsgruppen – hier Barrierefreies Reisen – wurden die Themen vertieft

Bewußtsein der Gesellschaft zu verankern.

Mit Sven Albrecht, Geschäftsführer der Special Olympics Deutschland, wurde das Thema „Sport inklusiv“ dann um die 2023 in Berlin stattfindenden Special Olympics ergänzt. Er bezeichnete

das Ereignis als „Spiele der Athleten und Athletinnen“, denn gemeinsam mit ihnen soll ein weltweit ausstrahlendes Sportereignis gefeiert und ein klares Zeichen für Inklusion gesetzt werden. Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe sollen selbstverständlich werden. Es soll ein bundesweit orientiertes Fest werden, nach dem Motto 180 Nationen und 180 inklusive deutsche Kommunen.

In den drei Workshops am folgenden Morgen wurde vieles, was am ersten Konferenztag anklang, in kleineren Gruppen vertieft, ob es darum ging, wie EU-Normen in Deutschland umgesetzt werden, was es braucht, um „Tourismus für Alle“ zu organisieren, wie sportliche Aktivitäten gefördert werden können.

Die Konferenz mit ihren mehr als 100 Teilnehmenden, darunter 52 Vertreter aus den postsowjetischen Staaten, hat einmal mehr gezeigt, wie hoch die Barrieren noch sind, wie wichtig es ist, die Barrieren auch in den Köpfen abzubauen, und wie stark man in den einzelnen Ländern von einem offenen und ehrlichen Erfahrungsaustausch untereinander profitieren kann.

**Britta Wollenweber,  
Wostok, Berlin**

## XV. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz

„Wege der Verständigung:  
Partnerschaften als Mittler des Deutsch-Russischen Dialogs“  
25. bis 28. Juni 2019, Düren

Die XV. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz findet vom 25. bis 28. Juni 2019 in Düren statt. Die Konferenz wendet sich an Vertreter von Städten, Gemeinden und Regionen ebenso wie an Aktive aus Partnerschaftsvereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich in Städtepartnerschaften engagieren. Neben dem Gastgeber, dem Landkreis Düren, sind das Deutsch-Russische Forum, der Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften und die Stiftung West-Östliche Begegnungen in Zusammenarbeit mit der Internationalen Assoziation der Partnerstädte in Moskau Veranstalter. Nach der Eröffnung im Krönungssaal des Aachener Rathauses mit einer Festansprache von Armin Laschet, NRW-Ministerpräsident, und der Podiumsdiskussion „Quo vadis deutsch-russische Beziehungen“ werden die Teilnehmer in sieben Arbeitsgruppen zu den Themen „Energieeffiziente und nachhaltige Stadtentwicklung“, „Digitale Stadt“, „Strategien für eine nachhaltige Entwicklung von Kommunen und Regionen“, „Kultur und Sprache“, „Inklusion und Teilhabe“, „Zivilgesellschaft gestaltet Städtepartnerschaften“ und „Medizinisch-wissenschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit in Partnerstädten“ diskutieren können. Weitere Informationen sowie aktualisierte Programme finden Sie auf den Webseiten [www.deutsch-russisches-forum.de](http://www.deutsch-russisches-forum.de) und [www.bdwo.de](http://www.bdwo.de).